

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/32

Bonn, den 18. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Unwahrhaftige Kritik der Opposition</u> Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht	85
3	<u>In desolater Verfassung</u> Die NPD nach dem Parteitag in Wertheim	41
4	<u>Allzu durchsichtig</u> Müller-Hermanns künstlich gehegte Befürchtungen	50
5 - 6	<u>China biedert sich in Athen an</u> DDR will Handelsmission Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	73

Unwahrhaftige Kritik der Opposition

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht

rd. - Niemand erwartet von einer parlamentarischen Opposition Lobreden auf die Regierung. Kritik an der Regierungspolitik ist sogar ein unentbehrliches Element demokratischer Ordnung, doch ihr Korrelat ist Wahrhaftigkeit, ohne die die Demokratie insgesamt zur Unglaubwürdigkeit verdammt wird. Das hätte die CDU/CSU bei ihrer Kritik zum Jahreswirtschaftsbericht und zu den Maßnahmen, die die Regierung zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums ergriffen hat und für den Notfall weiter erwägt, bedenken sollen. Denn mit ihren Einwänden verhielt sie sich, wie der Abgeordnete Dohnany es formulierte, wie ein Bankrotteur, der seinem Vergleichsverwalter nach kurzer Frist den Vorwurf macht, den Betrieb noch nicht wieder zur Rentabilität zurückgeführt zu haben.

Auch der Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller betonte, zur Zeit seien die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes am meisten durch die Preisentwicklung bedroht - 3,5 Prozent Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1969 - doch die Regierung sei nicht gewillt, das hinzunehmen. Daß dieser Preis- auftrieb, der bei den Grundstoffen und Investitionsgütern bereits zum Jahresbeginn 1969 begann, als man den Wirtschaftsminister hinderte, wirksame Maßnahmen zur Dämpfung der sich überhitzenden Konjunktur und des Preisniveaus zu ergreifen, die nun auch auf die Konsumgüter durchschlagen, nicht in den 100 Tagen der Regierung Brandt induziert wurde, wagt nur die CDU zu bestreiten.

Unwahrhaftig ist man mit seiner Kritik, wenn man nun sagt, die Aufwertung allein - gegen die die CDU/CSU Sturm lief und die sie noch heute verdammt - hätte zur Preisdämpfung nicht ausgereicht; es wären gleichzeitig noch flankierende Maßnahmen nötig gewesen (Stoltenberg). Damals hatte es geheißen, die Aufwertung allein schon beeinträchtigt unsere Exportfähigkeit und erwürge die Konjunktur. Es ist auch ein Widerspruch, wenn der Sprecher von der Regierung energische Maßnahmen zur Preisstabilisierung fordert, dem Wirtschaftsminister aber gleichzeitig vorhält, mit seiner Zurückhaltung bei der Bewilligung erhöhter Verkehrstarife sich unzulässiger dirigistischer Mittel und Staatseingriffe zu bedienen und so die freie Entfaltung der Unternehmer im Markt zu verhindern. Entweder ist man nun für höhere oder für stabile Preise.

Was soll man von einer Kritik halten, die die auch von der Bundesbank als antizyklisch anerkannte Haushaltspolitik der

Ausgabensperren und Konjunkturausgleichsrücklagen für unzureichend hält aber gleichzeitig fordert, die Infrastrukturinvestitionen nicht zu kürzen, sondern eher noch zu verstärken. Der hauptsächlichste Mangel der oppositionellen Kritik ist, sie hat keine eigenen Vorstellungen anzubieten, wie denn nun und auf wessen Kosten die Preisbewegung zu dämpfen sei.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen in den Ländern wird sie es nicht wagen wollen, Preissenkungen auf dem Agrarsektor und damit bei den Ernährungsgütern, über die zur Zeit Minister Erts in Brüssel verhandelt, im Bundesparlament vorzuschlagen. Das träfe potentielle Wähler der CDU/CSU auf dem Lande und im selbständigen Mittelstand. Auch bei den Mieten, die ein erheblicher Bestandteil der Lebenshaltungskosten sind, hat sie keine Vorschläge zu machen. Die öffentliche Nachfrage hat die Regierung bereits um mehr als fünf Milliarden DM eingedämmt. Das reicht der CDU nicht aus. Eindeutig überhitzt ist aber immer noch die Unternehmensnachfrage und auch die Auslandsnachfrage, wenn auch die Zuwachsraten der Aufträge nicht mehr im gleichen Tempo steigen wie zuvor, so übersteigen sie doch das Volumen der Produktion. Auch das könnte man eindämmen durch Abschöpfung - Investitionssteuer, höhere Einkommen- und Körperschaftssteuer oder auch nur Steuervorauszahlungen, die man stillegen und in rezessiven Zeiten rückerstatten könnte. Ebenso könnte Verbrauchernachfrage abgeschöpft werden, obgleich es in diesem Bereich keine Überhitzung in der Produktion sondern ausschließlich in den Preisen gibt, die kostenmäßig aus den Vorlieferungen belastet sind.

Der Katalog, der noch zusätzlich zu den bereits von der Regierung ergriffenen möglichen Maßnahmen, hat zur Erörterung gestanden und wird weiter zur Erörterung stehen, wenn keine Beruhigung erfolgt. Im Bereich der Verbrauchernachfrage wird die Regierung durch vermögenspolitische Maßnahmen zu dämpfen suchen. Aber darüber hinaus wären ihre Anregungen aus der Opposition oder gar direkte Anträge, etwa aus dem oben angeführten Katalog, sehr dienlich gewesen. Doch die Kritikastraten hatten weder den Mut, sich dieses bekannten Katalogs zu bedienen noch andere geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Und so verließen sie sich ebenso wie die Regierung auf die Vernunft aller Wirtschaftspartner, sich so zu verhalten, daß durch kurzfristige Nutzung persönlicher Vorteile das Gesamtinteresse an Stabilität und Wachstum nicht weiter gefährdet wird.

+ + +

In desolater Verfassung

Die NPD nach dem Parteitag in Wertheim

W.R. - Was aufmerksame Beobachter vorausgesehen hatten, wurde auf dem Parteitag der NPD in Wertheim bestätigt: Die NPD, d.h. vor allem die Führungsspitze um von Thadden, hat die Niederlage bei den Bundestagswahlen überstanden, ohne daß es zu einer ernsthaften innerparteilichen Krise gekommen ist. Von Thadden kam hierbei ohne Zweifel das Verbot des Parteitages in Saarbrücken zugute. Die Zwischenzeit hatte er - wie nicht anders zu erwarten war - genutzt, um die nach den Bundestagswahlen sich organisierende innerparteiliche Opposition auf seinen Kurs zu verpflichten.

Der Parteitag in Wertheim zeigte, daß die NPD gegenwärtig in einer desolaten Verfassung ist. Der rapide Mitgliederschwund (gegenüber 42.000 im Jahre 1967 sind es gegenwärtig nur noch 24.000), die Passivität vieler Kreisverbände, die schwierige finanzielle Situation der Partei usw. haben zu einer weitgehenden Demoralisierung der Partei geführt. Hinzu kommt, daß die in Wertheim nicht endgültig ausgetragene Kontroverse um den ideologisch-programmatischen Standort der Partei auch in den kommenden Monaten sich als Belastung für die Partei auswirken wird.

Die innerparteiliche Opposition, im wesentlichen von dem neofaschistischen Flügel in den Landesverbänden Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ausgehend, wurde in Wertheim nur von Benno Herrmannsdörfer, dem bayrischen NPD-Landesvorsitzenden, artikuliert. Doch weder der Vorstand noch die große Mehrheit der Delegierten wollte über die "geistigen Grundlagen" der Partei diskutieren. Den Antrag des Kreisverbandes München-Mitte, der Parteitag möge sich von den staatsrechtlichen Ansichten Anrichs, die von Herrmannsdörfer in ihrer Konsequenz als eindeutig verfassungswidrig bezeichnet wurden, distanzieren, lehnten die Delegierten ab. Statt dessen wurde ein Kompromißvorschlag des Vorstandes angenommen, der vorsieht, daß nur solche politischen Äußerungen für die Partei verbindlich seien, die vom Parteitag oder vom Vorstand beschlossen worden sind. Thadden wollte und konnte den Forderungen nach Distanzierung von Anrich und Grünberg - letzterer hatte die Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR begrüßt - nicht nachkommen, da damit zugleich seine Position in der NPD infrage gestellt worden wäre.

Über die innere Entwicklung und die Aussichten der NPD bei den kommenden Landtagswahlen kann heute noch nichts gesagt werden. Sicher ist, daß die Partei und vor allem von Thadden den Erfolg brauchen. Im anderen Falle wird es zu einer erneuten Spaltung des rechtsradikalen Lagers in der Bundesrepublik kommen. Dazu sollten die demokratischen Kräfte wie bisher ihren Beitrag leisten.

Allzu durchsichtig

Müller-Hermanns künstlich gehegte Befürchtungen

sp - Die Zeiten, in denen man der Bevölkerung Angst vor den Sozialdemokraten einjagen konnte, weil sie angeblich nichts von der Wirtschaft verstünden, einen Kuchen zwar gerecht verteilen, aber nicht vermehren könnten, oder weil sie in Fragen der nationalen Sicherheit unzuverlässig seien, gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Adenauer - ein Sieg der SPD ist der Untergang Deutschlands - errang mit diesen aus der Kottenkiste der Kaiserzeit hervorgeholten Slogans seine Wahlsiege, aber noch in seinen letzten Lebensjahren mußte er die Wirkungslosigkeit solcher Plattitüden erleben. Sie kamen bei der wachsenden Zahl der mündigen Bürger nicht an.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wurde durch den Sozialdemokraten Professor Schiller der CDU/CSU schon in der Großen Koalition die Schau gestohlen, stellte sich heraus, daß sie auf diesem Gebiet nichts mehr zu bestellen hat; durch die Verweigerung der DM-Aufwertung mit ihren einkalkulierten Folgen nahm sie an Schiller Rache. Sie handelt hier rein parteiegoistisch. Für sie war ein sozialdemokratischer Erfolgsmann ein Alptraum.

In der sozial-liberalen Koalition zeichnet für die Verteidigungspolitik der Sozialdemokrat Helmut Schmidt verantwortlich. Zum Ingrimm verärgelter CDU/CSU-Politiker findet die Bundeswehr in Schmidt den besten Sachverwalter, den sie bisher hatte. Sie fühlt sich bei ihm gut aufgehoben.

Mit Unterstellungen, Aufputschen von Vorurteilen, mit Verdächtigungen und Wiederbelebung von Furchkomplexen läßt sich der Bürger nicht mehr verwirren, läßt sich kein politischer Gewinn mehr erzielen. Dieser durch die Wirklichkeit bezeugten Wahrheit bleibt der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann aus Bremen verschlossen. Am Ende seines Debattenbeitrages zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung beschwor er das Gespenst einer Machtergreifung innerhalb der SPD durch die Jungsozialisten herauf, "deren Vorstellungen über eine zukünftige Gesellschaftsordnung ... mit den marktwirtschaftlichen Grundlagen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems nichts zu tun haben und auch nichts zu tun haben wollen".

Der Sinn dieses Satzes ist klar. Ernst Müller-Hermann - und Stoltenberg assistierte ihm dabei - will das Vertrauen der Bürger zur Sozialdemokratie als einer politisch führenden Kraft unterminieren und das Godesberger Programm der SPD als nicht verbindlich diffamieren. Dieser Schuß, aus allzu verständlichen Motiven abgefeuert, ging daneben. Seit wann gelten Einzelstimmen als repräsentativ für die Gesamtheit einer so großen Partei wie der SPD? Das Godesberger Programm mit seiner freiheitlich-demokratisch, rechtlich-sozialen Grundtendenz entspricht den Notwendigkeiten einer modernen Industriegesellschaft und es hat der SPD weite Schichten unseres Volkes zugeführt. Vorher bestandene Barrieren wurden durchbrochen. Dabei wird es bleiben. Es gibt keine Rückkehr, es gibt nur einen Weg nach vorn. Müller-Hermann kämpft gegen Windmühlen.

Im Übrigen wird es sich bald erweisen, wer die besseren Verfechter und Bewahrer einer sozial-gerechten, freiheitlich ausgerichteten Marktwirtschaft sind. Die bevorstehenden Beratungen über das Städtebauförderungsgesetz und über eine wirksame Novellierung des Kartellgesetzes dürften hier ein aufschlußreiches Bild geben.

China bietet sich in Athen an

DDR will Handelsmission

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Zwei Nachrichten aus Paris haben in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad Aufmerksamkeit und auch einige Sorge erregt: Diesen Nachrichten zufolge, die inzwischen schon von der Athener Presse bestätigt worden sind, haben sich zwei kommunistische Länder, mit denen Griechenland bisher noch überhaupt keine Beziehungen unterhält, dazu bereit erklärt, mit dem Athener Putschistenregime in Handelsbeziehungen einzutreten.

Es handelt sich dabei erstens um die Volksrepublik China, in deren Hafenstadt Schanghai noch vor einiger Zeit griechische Matrosen verprügelt worden waren, die nun mit Griechenland in einen Warenaustausch treten möchte, was inzwischen von der Athener Regierung bereits begrüßt worden ist. Zweitens handelt es sich um den griechischen Nachbarn Albanien, mit dem bereits ein Warenaustausch im Werte von zunächst zwei Millionen Dollar vereinbart worden ist.

Albanien, das sich formell, und das gehört zu den Kuriosa der bunten balkanischen Welt, noch immer im Kriegszustand mit Griechenland befindet, hatte sich auf der Suche nach zusätzlichen Verbündeten schon vor einiger Zeit der griechischen Regierung erkenntlich gezeigt, indem es ein von Luftpiraten entführtes griechisches Flugzeug zurückgab.

Sollte es sich bei den beiden Kontakten, die offenbar in koordinierter Aktion in Paris hergestellt worden sind, um den Beginn einer langfristigen Normalisierung der Beziehungen zwischen Griechenland und China sowie um Albanien auf der anderen Seite handeln, was allerdings den endgültigen Verzicht Griechenlands auf den albanischen Epyrus voraussetzte, dann würde sich vor allen Jugoslawien vor einer vollkommen veränderten außenpolitischen Konstellation befinden.

Jugoslawien, das mit Griechenland in einen anhaltenden Streit über die Mazedonienfrage verwickelt ist, hätte es dann nämlich mit einer neuen Front an seiner Südflanke zu tun, was aber auch für Europa als Ganzes gilt, denn der albanisch-griechische Raum mit seinen wichtigen Mittelmeerstützpunkten Saloniki und Valone ist schon seit langem ein Operationsfeld der expansionistischen Kreise in Moskau und Peking. Außerdem könnte durch eine solche Entwicklung die von Belgrad angestrebte Normalisierung der Beziehungen zu Albanien und China wieder in

große Schwierigkeiten geraten.

Doch in diesem Zusammenhang, den man gegenwärtig natürlich noch nicht dramatisieren, wohl aber beobachten sollte, wird in Belgrad auch noch eine andere, parallele Entwicklung registriert, nämlich eine offenbare Wiederannäherung zwischen dem Athener Obristenregime und den anderen osteuropäischen kommunistischen Staaten.

Die Tschechoslowakei will Griechenland umfangreiche Industrieanlagen liefern und hat sich inzwischen bereits dazu bereit erklärt, als Zahlung griechische Agrarprodukte zu akzeptieren, die auf dem westlichen Markt kaum absetzbar sind, Ungarn hat den regelmäßigen Luftverkehr mit Griechenland eröffnet und möchte im Februar dieses Jahres eine Handelsdelegation nach Athen entsenden, Rumänien will seinen Viehbestand mit Hilfe griechischer Rinder verbessern und Bulgarien hat von Griechenland nicht nur die Versicherung erhalten, daß die Abkommen von 1964 weiterhin gültig seien. Es will gleichfalls einen Handelsvertrag mit Athen abschließen, wie es ihn für eine Dauer von drei Jahren zwischen Griechenland und Polen ja schon gibt. Die Sowjetunion will in Griechenland ein großes Heizkraftwerk bauen und liefert bereits wertvolle Kühlanlagen nach Griechenland; als Moskau die propagandistische Behauptung aufstellte, Griechenland wolle eigene Truppen nach Vietnam schicken, wurde das von der griechischen Regierung eilig dementiert. Die DDR geht sogar noch weiter und möchte den Streit zwischen Athen und den westeuropäischen Staaten dazu nutzen, um Athen zur Einrichtung einer griechischen Handelsmission in Ostberlin zu animieren, nachdem Ostdeutschland bereits seit Jahren über eine derartige Mission in Athen verfügt. Man darf annehmen, daß die Griechen zu einem solchen Geschäft auch bereit wären, wenn sich die Ostberliner Regierung dazu bereit erklärte, ein bereits einmal gemachtes Angebot zu erneuern, das die Erschließung eines griechischen Braunkohlengebietes mit Hilfe eines DDR-Kredites im Werte von 200 Millionen Mark betrifft, der gleichfalls auf dem Wege von Agrarlieferungen zurückbezahlt werden soll.

Die Absicht Griechenlands liegt auf der Hand: Nachdem man jahrelang die panslawistische Gefahr beschworen hat, um die Zustimmung der westlichen Demokratien zum Militärregime zu erpressen, wendet man sich nun in einem Flirt dem Osten zu, um die Vereinigten Staaten davor zu warnen, ihre wiederaufgenommenen Waffenlieferungen mit politischen Bedingungen zu verknüpfen. Daß Osteuropa bei dem Spielchen nur allzugern mitmacht, versteht sich von selbst, wenn man sich daran erinnert, daß Moskau erst vor wenigen Tagen auch mit Franco-Spanien in erste offizielle Beziehungen eingetreten ist.

+ + +